

Zeitschrift: Allgemeine schweizerische Militärzeitung = Journal militaire suisse =
Gazetta militare svizzera

Band: 49=69 (1903)

Heft: 34

Artikel: Militärischer Bericht aus dem deutschen Reich

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-97897>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 13.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

wendigkeit und den Nutzen einer straffen Disziplin gelernt haben. Als es dann Dewet und den übrigen Generalen gelungen war, den fehlenden disziplinarischen Zusammenhang in ihre kleinen Truppenkörper zu bringen, hat dieser Erfolg, trotzdem die Streitkräfte der Buren bereits auf einen Bruchteil reduziert waren, hingereicht, um den Engländern den Sieg noch 1½ Jahre lang streitig zu machen. Wären die 50—60,000 Mann betragenden Streitkräfte der Buren zu Beginn des Krieges in ähnlicher Weise diszipliniert und geübt gewesen wie der Rest es gegen Ende des Kampfes war, so wäre Südafrika heute nicht britisch, sondern burisch.“

Die Geschichte ist auch für uns Schweizer da, um aus derselben zu lernen. Wir glauben nicht, dass die von den Buren begangenen Fehler, welche gegenüber einer ungeheuren numerischen Übermacht zur Niederlage führten, im Milizsystem lagen, sondern sie lagen in der mangelnden Disziplin und Organisation. Unsere Aufgabe ist, zu beweisen, dass Organisation und Disziplin auch im Milizheer möglich sind. Wer den Zweck will, die erfolgreiche Verteidigung unserer Unabhängigkeit mit bewaffneter Hand, der muss auch das Mittel wollen. Unser Heer kostet zu viel, um die Dinge in Gemütlichkeit gehen zu lassen. Entweder wollen wir gar kein Heer und stützen uns auf Völkerrecht und Verträge, oder wir wollen ein Heer nach alter Schweizerart, welches zum Siege entschlossen ist auch gegen grosse Übermacht. Wo gibt es eine bessere Mannschaft als unsere Bauernsöhne: kräftig, von der Arbeit abgehärtet, willig und leicht disziplinierbar, gute Schützen, noch voll von den Traditionen alter Rauflust! Die Schule und der Militärdienst sollen sorgen für patriotische Begeisterung; die Leute sollen es für die höchste Ehre und das Vorrecht eines freien Mannes und demokratischen Bürgers halten, jeder an seinem Platze gehorsam seine Pflicht zu tun, sollte es auch das Leben kosten, und auch wenn's niemand sieht. Vor allem aber keine Politik im Heere, keine Klassen- und keine Parteilpolitik, keine andern Rücksichten als diejenigen der Tüchtigkeit bei Offiziersbeförderungen und Kommandoübertragungen! Uns Schweizern steht das Vaterland über der Partei.“

Militärischer Bericht aus dem deutschen Reich.

Berlin, den 8. August 1903.

Während die Truppenteile aller Waffen sich in den vorbereitenden Übungen für die Manöver befinden, beschäftigen Mutmassungen über die kommende neue Militärvorlage die

Fachkreise und die Presse, und manche Heisssporne fassen die Zusammenziehung der überschüssenden Divisionen zu neuen Armeekorps und die Aufstellung von Kavallerie-Divisionen in der Zahl, in der sie im Kriegsfall auftreten sollen, ins Auge. Sie nehmen ferner an, dass die dritten Bataillone bei den Regimentern, denen sie noch fehlen, formiert werden, treten für eine starke Vermehrung der Kavallerie in Anbetracht der gewachsenen Stärke der übrigen Truppengattungen und der übrigen Armeen ein, und rechnen mit der Neuausrüstung der Feldartillerie mit Rohrrücklaufgeschützen und Schutzschilden, sowie mit der Neuuniformierung der Infanterietruppen mit Tuch von wenig sichtbaren Farben. Leicht möglich aber ist, dass sie die Rechnung ohne den Wirt, den Reichstag, machen, der in seiner neuen Zusammensetzung, mit 82 sozialdemokratischen Mitgliedern und beträchtlicher Einbusse der Regierungsparteien noch weit weniger zur Bewilligung neuer starker Militärforderungen prädisponiert sein dürfte, wie sein Vorgänger. So wie man bis jetzt in den Kreisen der stärksten Partei, des Zentrums, gegenüber neuen Militärforderungen gesonnen zu sein scheint und sich unlängst darüber äusserte, ist gar keine Aussicht für die Bewilligung auch nur eines Teils so weit gehender Forderungen vorhanden. Überdies eröffnet sich, wenn man den Nachrichten der Tagespresse trauen darf, die Perspektive auf die Beschaffung einer neuen Gewehrmunition, und abermals auf eine, wenn auch angeblich geringe Veränderung des zu dieser Munition gehörigen Gewehrs. Diese Neuerungen sollen demnächst von einem Garde-Regiment erprobt werden. Dieselben ermöglichen, wie man berichtet, beim Kernschuss bei gleicher Treffsicherheit eine erheblich grössere Schussweite wie bisher. Mit dem Gewehr „Modell 1898“ wurde in den letzten zwei Jahren die gesamte deutsche Armee ausgerüstet; nur wenige Truppenteile sind noch vorhanden, die es erst, wie z. B. das I. bayerische Armeekorps, in den nächsten Monaten erhalten. Dabei hat sich seit 30 Jahren zum ersten Male der deutschen Heeresverwaltung die Gelegenheit geboten, eine neue zur Einführung gelangende Waffe vorher im Ernstfalle zu erproben. Denn mit dem Gewehrmodell 1898 waren die nach China entsandten Truppen bewaffnet. Das Gewehr hat sich in den verschiedenen dort durchgekämpften Gefechten bewährt, was von Wichtigkeit war, da das Infanteriegewehr trotz der jetzt viel mehr hervortretenden Verwendung der Artillerie immer noch die ausschlaggebende Waffe bleibt. Das Dreysesche Zündnadelgewehr hatte im deutsch-französischen Kriege von 1870/71 seine Schuldigkeit getan, trotzdem es weniger weittragend war

als das treffliche Chassepotgewehr der Franzosen. Gleich nach dem Kriege wurde dann das Mausergewehr, Modell 71, in den deutschen Waffenfabriken in Angriff genommen und die gesamte deutsche Armee war in kaum 3 Jahren damit ausgerüstet. Im Laufe der nächsten Jahre wurden an den für den Ersatz unbrauchbar gewordenen Gewehre bestimmten Schusswaffen kleinere Verbesserungen vorgenommen. Von 1885 bis 1888 wurde sodann das erste Magazingewehr, Modell 71/84, mit 10 Schuss in der Minute, eingeführt. Kaum war dies geschehen, so lag schon ein bedeutend verbessertes kleinkalibriges Gewehr vor, das die Bezeichnung Modell 88 erhielt. Mit demselben wurden unter Anspannung aller Arbeitskräfte in kürzester Zeit alle Truppenteile ausgerüstet. Zur Beurteilung dieser drei Gewehrssysteme hatte die Heeresverwaltung keine andere Möglichkeit als die der Proben und Versuche im Frieden. Ausschlaggebend war dabei immer das Urteil der Gewehr-Prüfungskommission in Ruhleben bei Berlin. Bei dem nunmehr grossenteils bereits zur Einführung gelangten vierten neuen Gewehr seit dem letzten Kriege war man in der Lage, die Wirksamkeit im Ernstfalle beurteilen zu können.

Zur Verhütung von Krankheiten bei den bevorstehenden Manövern weist eine ministerielle Verfügung, in Anbetracht der alljährlich in der Armee während oder nach den Manövern auftretenden Fälle von ansteckenden Krankheiten, namentlich Typhus und Ruhr etc., für deren Entstehung meist Einschleppung aus der Bevölkerung als Ursache angenommen wird, die Bezirksregierungen an, der Gefahr der Ansteckung mit allen Mitteln zu begegnen, zumal die erkrankten Militärpersonen ihrerseits wieder zu Verschleppungen der Krankheit in die Garnisonsorte Anlass geben. Zufolge dieser Verfügung ist es den Ortspolizeibehörden zur besonderen Pflicht gemacht worden, von jedem Falle einer Erkrankung an Typhus oder von Typhusverdacht, desgleichen von Ruhr und sonstigen ansteckenden Krankheiten unter Angabe der Wohnung, in der die Krankheit aufgetreten, den vorgesetzten Behörden Anzeige zu erstatten. Von infizierten Wohnstätten sind Einquartierungen fern zu halten.

Bei den diesjährigen Manövern dürfte voraussichtlich nebst den übrigen Nachrichtenübermittlungsorganen die Benutzung von Flaggensignalen, auf Grund der unlängst für den Gebrauch der Winkerflaggen im Heere ausgegebenen Vorschrift, zur regen Anwendung gelangen. Ganz besonders bemerkenswert sind den „N. M. Bl.“ zufolge die Erfahrungen, die in Dänemark mit der Flaggsignalgebung, welche dort schon seit Jahren bei Felddienst- und Herbst-

übungen angewandt wird, gemacht worden sind. Hierzu wurden Mannschaften der Genietruppe den einzelnen Truppenkörpern zugeteilt. Sie sollen den Beweis erbracht haben, dass bis auf Entfernungen von etwa 4—10 Kilometer die Flaggsignalgebung ein rasches, zuverlässiges, leicht herstellbares und selbst unter ungünstigen Witterungsverhältnissen nicht versagendes Melde- und Verständigungsmittel abgibt, das namentlich durch die Möglichkeit, viele kurze Meldungen nach einander über die Verhältnisse beim Gegner abzustatten, für den Führer besonders wertvoll ist. Zu ähnlichen Ergebnissen will man jetzt auch in Deutschland gelangt sein, wo man bisher diesem Signalwesen nur geringe Beachtung schenkte. Die verhältnismässig wenigen zur Militär-Telegraphenschule in Berlin kommandierten Unteroffiziere und Mannschaften der Kavallerie-Regimenter und Pionier-Bataillone hatten nach Rückkehr zum Truppenteile das über den Signaldienst Gelernte bald wieder vergessen, da sie nicht in der Übung blieben, und die Infanterie hatte überhaupt keine Ahnung davon. Erst seit etwa fünf Jahren werden bei den Herbstübungen in immer grösserer Ausdehnung Versuche mit der optischen Telegraphie unternommen und hierzu Flaggen, Heliographen, kleine und grosse Signallampen mitgeführt. Seit 1901 wird auch das Signalisieren mit Winkerflaggen geübt und sollen in den letzten Kaisermanövern Versuchs-Abteilungen wiederholt mit gutem Erfolge hierin tätig gewesen sein. (Schluss folgt.)

Die Befestigung von Paris.

Es dürfte von Interesse sein, zu erfahren, wie die gegenwärtig in Frankreich vielbesprochene Frage der Neubefestigung von Paris gelöst werden soll und wie die verschiedenen Meinungen über diesen Gegenstand in der Hauptsache zur Zeit lauten. Der Ausgangspunkt der Beratungen über den fortifikatorischen Schutz der Landeshauptstadt bildete im Jahre 1898 eine Vorlage, nach welcher das Deklassement und die Veräusserung eines Teiles der Umwallung von Paris durch das Parlament gutgeheissen werden sollte. Der oberste Kriegsrat und die Landesverteidigungskommission, die hierbei naturgemäss um ihre Ansicht gefragt werden mussten, gaben zwar ihre Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf, knüpften jedoch an seine Annahme die Bedingung, dass gleichzeitig Mittel zur Neuanlage fortifikatorischer Werke für die Verteidigung von Paris bewilligt werden müssten. Über letztgenannten Punkt sind fortwährend Unterhandlungen gepflogen worden, deren Abschluss noch bevorsteht.

In den Vordergrund der Einwendungen gegen jede fortifikatorische Verstärkung des gegenwärtig